



**Der Deckel
muss weg!**

Wir bewegen was: 130.000 demonstrieren in Berlin

Größte Krankenhausdemo in der Geschichte der Bundesrepublik



Der Druck auf die Politik wächst



Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Gemeinsam geht es weiter!

130.000 Menschen sind zum Brandenburger Tor gekommen. Ihre Botschaft an die Politik: »Der Deckel muss weg!« Der Deckel auf den Budgets der Krankenhäuser – mitverantwortlich für den Abbau von 100.000 Stellen im Krankenhaus, mehr als 50.000 davon in der Pflege. Viele sind zum ersten Mal auf einer Demonstration. Auffallend viele Auszubildende: »Ich will meinen Beruf möglichst lange machen. Und dafür brauche ich ordentliche Arbeitsbedingungen. Dafür stehe ich heute hier«, sagt eine im ersten Ausbildungsjahr.



Alle spüren die Solidarität, die Kraft, die diese große Gemeinschaft hat. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske: »Das hat es so noch nicht gegeben; Krankenhaus-Direktoren, Gewerkschafter, Pflegerat und Bundesärztekammer, die Spitzenverbände der Krankenhausträger, wie der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag dazu die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die alle Krankenhäuser vertritt, die öffentlichen genauso wie die kirchlichen, freigemeinnützigen und privaten – gemeinsam in einem Bündnis.«

Zum Handeln gezwungen

Im Frühjahr nahm die Bundesregierung die Probleme der Krankenhäuser noch nicht ernst. Im Mai dann versprach Ulla Schmidt als erste mehr Stellen und finanzielle Hilfen für die Krankenhäuser. Bundestagsabgeordnete machten Praktika in den Kliniken. Deren Urteil war eindeutig: Die Grenze der Arbeitsbelastung ist überschritten. Es muss etwas geschehen.

Vor Wochen waren Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Bundesländer gegen eine Lösung. Vielleicht etwas Kosmetik – mehr sollte es nicht sein. Aber der Druck der vielen Aktionen und die angekündigte Großdemonstration des Bündnisses zur Rettung der Krankenhäuser haben zum Handeln gezwungen. Der erste Schritt ist gemacht. Einen Tag vor der Kundgebung am Branden-

burger Tor hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf eingebracht. Der ist aber nicht ausreichend.

Reaktion der Bundesregierung

Die 130.000 Demonstrantinnen und Demonstranten fordern, dass der Gesetzentwurf aufgestockt wird. Was sagt die Bundeskanzlerin zur Demonstration? Sie hält sich raus, Krankenhäuser gehen sie nichts an. Die Bundesgesundheitsministerin reagiert kurz angebunden: Mehr als 3 Mrd. Euro gibt es nicht, und damit basta. Der Ruf vor dem Brandenburger Tor: »Der Deckel muss weg – mehr Personal ins Krankenhaus« wird so schnell nicht verstummen.

- Wir verlangen von Angela Merkel und der Bundesregierung bessere Krankenversorgung und Arbeitsbedingungen.
- Wir fordern von den Bundesländern, dass sie die Investitionen wieder auf gesetzestreuens Niveau bringen.
- Wir erwarten von Ulla Schmidt, dass Krankenhäuser verlässlich finanziert werden.

Die Ministerin hat mit ihrem Gesetzentwurf einiges in die richtige Richtung bewegen können. Es muss aber besser werden. Die Berliner Demo zeigt: Den Beschäftigten ist es verdammt ernst. Wenn das Gesetz die Probleme nicht löst, wird der Konflikt um





die Personalausstattung weiter gehen. Das werden die Politiker im Bundestagswahlkampf spüren und in den Krankenhäusern werden Konflikte um die personelle Besetzung der Stationen und Bereiche schärfer werden.

Das steht im Gesetzentwurf

Die Krankenhäuser sollen im nächsten Jahr 3,2 Mrd. Euro mehr bekommen. Einige Beträge erhalten sie bereits nach geltendem Recht. Das sind

- rund 1 Mrd. Euro, die den Krankenhäusern aufgrund der Budgetsteigerung von 1,41 Prozent zustehen,
- 200 Mio. Euro um die Einnahmen bei der Behandlung von Beamtinnen und Beamten und Privatpatienten zu steigern
- 230 Mio. Euro, die durch den Wegfall des sogenannten Sanierungsbeitrags für die Krankenkassen frei werden.

Mit dem neuen Gesetz werden

- 1,35 Mrd. Euro zusätzlich für die anteilige Tariflohnerhöhung der Jahre 2008 und 2009 zur Verfügung gestellt,
- 220 Mio. Euro gibt es jeweils für 2009, 2010 und 2011 für das Förderprogramm zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals

- 60 Mio. Euro gibt es für die Psychiatrischen Krankenhäuser durch Verbesserung bei der Personalbemessung und
- 150 Mio. Euro für Praxisanleitung in der Ausbildung

Aber: Den Krankenhäusern fehlen schon jetzt 6,7 Mrd. Euro. Die brauchen Sie auch, denn gute Leistung muss bezahlt werden.

Orientierungsverfahren soll den Deckel ersetzen

2010 soll ein neuer Orientierungswert des Statistischen Bundesamtes, eine Art Warenkorb für die Krankenhäuser, die strikte Budgetierung ablösen. Der Name »Orientierungswert« ist bewusst gewählt. Denn die Bundesregierung kann Jahr für Jahr entscheiden, wieviel vom Orientierungswert sie den Krankenhäusern tatsächlich gibt. Damit ist der Deckel nicht weg. Er wird nur etwas gelüftet.





Die Kampagne geht weiter

Keine Planungssicherheit

Die Krankenhäuser können zwar hoffen, dass beim Orientierungsverfahren etwas mehr rüberkommt als unterm Deckel heute. Doch sicher ist das nicht. Sicher ist nur, dass sie keine Planungssicherheit erhalten.

Und auch die Länder, zuständig für die Krankenhausinvestitionen, haben für sich bis 2012 eine Schonfrist durchgesetzt. Schon heute können 17.000 Stellen nicht besetzt werden, weil Krankenhäuser aus ihrem engen Budget sogar noch für Investitionen zahlen müssen. Und ob das ab 2012 anders wird, ist unsicher.

Wir lassen nicht locker

Jede Stimme zählt! Wir lassen nicht locker. Wir erwarten von den Abgeordneten, dass sie diesen Gesetzentwurf korrigieren und nicht abnicken. Das bedeutet: Gleich nach der Demonstration geht es in den Regionen weiter. Wir werden den Druck auf die Bundestagsabgeordneten und Landesregierungen verstärken nach dem Motto: »Jede Stimme zählt.« Jede und jeder Abgeordnete muss sich entscheiden:

- Für oder gegen die Krankenhäuser,
- für oder gegen die Bedürfnisse von einer Million Beschäftigten,
- für oder gegen die Interessen von 17 Millionen Patientinnen und Patienten, die jedes Jahr in Krankenhäuser müssen.

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern haben Gewicht. Das haben sie am Brandenburger Tor gezeigt. Sie erwarten jetzt von ihren Bundestagsabgeordneten, dass sie den angekündigten Gesetzentwurf im Sinne der Patientinnen, Patienten und Beschäftigten verbessern. Es muss mehr Personal in die Krankenhäuser und das muss auch bezahlt werden.

**Wir wollen keine Löcher im Deckel.
Wir wollen, dass der Deckel weg kommt.
Und zwar dauerhaft!**



www.der-deckel-muss-weg.verdi.de
www.krankenhaus-sorgen.de
www.mitgliedwerden.verdi.de

Mitmachen in einer starken und durchsetzungsfähigen Gewerkschaft!